

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #11/11

19. März 2011

Die Fragen stellte Vivienne Kiss, 23, Studentin aus Chemnitz.

Vivienne Kiss:

In diesen Tagen kommt man ja an der Katastrophe in Japan schlecht vorbei. Sie haben hier in Deutschland die Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke ausgesetzt. In Europa insgesamt gibt es 140 Atomkraftwerke, und Sie tragen das Thema nächste Woche auch in den Europäischen Rat. Jetzt würde ich Sie gerne fragen: Was erhoffen Sie sich davon?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Ja, es ist in der Tat so, dass niemand unbeschäftigt ist mit der Katastrophe, die wir in Japan sehen – sowohl das Erdbeben, der Tsunami, aber eben auch die Katastrophe an den Reaktoren dort. Natürlich müssen wir jetzt überlegen: Was können wir aus dieser Katastrophe lernen? Und deshalb war ich sehr zufrieden, dass der Energiekommissar, Günther Oettinger, alle Kernkraftwerksbetreiber und auch die für Sicherheit zuständigen Institutionen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeladen hat, um über Sicherheit bei den Kernkraftwerken zu diskutieren. Und es scheint dort auch eine Einigung gegeben zu haben – darüber, dass alle bereit sind, auch Stresstests für Kernkraftwerke durchzuführen. Und ich möchte das Thema Sicherheit von Kernkraftwerken auch auf den Europäischen Rat bringen, weil ich finde, dass wir viele Dinge vereinheitlicht haben in der Europäischen Union – bis hin zu der Größe von Äpfeln oder der Form von Bananen, und da könnte man doch wirklich auch über gleiche Sicherheitsstandards für alle europäischen Kernkraftwerke sprechen. Denn jeder in Europa ist oder wäre von einem Unfall eines Kernkraftwerks in Europa wirklich gleichermaßen betroffen.

Wenn man jetzt mal sieht von einer Krise – der Atomkrise – in die Euro-Krise hinein und den Gedanken der Atomkraftwerke und erneuerbaren Energien mal weiter spinnt: Kann eine Kursänderung hin zu erneuerbaren Energien in Europa die Stabilität des Euro nachhaltig beeinflussen?

Das glaube ich nicht. Die Probleme, die wir im Bereich des Euro haben, das sind Probleme der Haushaltsschulden, also der Verschuldung von Mitgliedstaaten, oder es sind Probleme, dass Banken nicht ausreichend Kapital haben. Natürlich ist eine Energiewende, also ein Zeitalter der erneuerbaren Energien, auch nicht ohne jeden Kraftaufwand zu erreichen. Das heißt, auch nicht ohne Geld. Wir haben uns aber auf eine gemeinsame Linie für erneuerbare Energien in Europa verständigt: 20 Prozent bis zum Jahre 2020. 20 Prozent Verbesserung auch der Effizienz von Energie, und ich glaube, wir sollten alle diese Schritte mutig gehen. Ich habe gesagt: Aus der Kernenergie können wir nicht sofort und umgehend aussteigen. Wir brauchen sie als Brückentechnologie, aber je kürzer die Brücke ist, umso besser. Es geht also um einen Ausstieg mit Augenmaß, und der heißt: Wir müssen uns auch für erneuerbare Energien einsetzen.

Wenn man von diesem Punkt einmal auf die Tragfähigkeit der Systeme zu sprechen kommt: Wie würden Sie sagen, wie tragbar ist das Konzept „Euro“ heute noch, und gibt es denn eine Alternative für Deutschland?

Der Euro ist eine stabile Währung. Er hat uns gut durch die Wirtschafts- und Währungskrise gebracht. Ich will noch einmal erinnern – das wissen viele Menschen nicht –, dass die Inflation, seitdem wir den Euro haben, niedriger ist, als die Inflationsrate in den letzten 10 Jahren war, in denen wir die D-Mark hatten. Das heißt also, der Euro ist stabil. Jetzt ist er in Schwierigkeiten geraten durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, und jetzt muss jedes Mitgliedsland seine Hausaufgaben machen. Also: solide Haushaltsführung – deshalb haben wir in Deutschland auch die Schuldenbremse –, Reformen auf den Arbeitsmärkten, möglichst viel Beschäftigung – gerade auch für jünger Leute –, Investitionen in Bildung und Forschung. Und dann ist das Thema Euro natürlich ein riesen Gewinn. Denn wir sind ein Exportland und wir haben einen gemeinsamen Markt, und wenn dieser gemeinsame Markt mit einer gemeinsamen Währung ausgestattet ist, dann ist das ein riesen Vorteil.

Also würden Sie sagen, für Deutschland ist der Euro alternativlos?

Das Wort sollen wir ja nicht so gebrauchen, seitdem es zum Unwort des Jahres 2010 geworden ist. Ich glaube, es gibt keine vernünftige Alternative für uns. Allein das Gedankenexperiment, wir würden uns überlegen, wir wollen zurück zur D-Mark, würde schon bedeuten, dass das die D-Mark unglaublich aufwerten würde, dass all unsere Produkte viel teurer würden und wir könnten überhaupt nicht mehr exportieren. Also, es gibt ein ganz klares Bekenntnis Deutschlands zum Euro, zu unserer gemeinsamen Währung. Aber, das heißt auch, wir werden als Bundesrepublik – und auch ich persönlich – darauf drängen, dass alle Länder ihre Hausaufgaben machen.

Die Euro-Krise hat ja denn auch die Frage aufgeworfen: War der Euro eine politische Fehlkonstruktion, um ein geeintes Europa zu schaffen, dessen Mitglieder aber absehbar die Last des Währungssystems vielleicht nicht so gut tragen können?

Ich glaube, dass der Euro eine mutige Entscheidung war und dass der Euro danach ruft, dass wir auch politisch enger zusammenrücken. Man kann nicht mit der gleichen Währung zahlen und trotzdem eine ganz andere Politik machen – zum Beispiel die Gehälter viel schneller erhöhen als alle anderen oder viel schlechtere Wettbewerbsfähigkeit haben. Und deshalb haben wir den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit entwickelt, wo bei Dingen wie Renteneintrittsalter, bei der Frage von Steuersystemen, bei der Frage von Lohnstückkosten jetzt geguckt wird: Rückt Europa näher zusammen oder geht Europa immer weiter auseinander? Wer eine gemeinsame Währung haben will, der muss natürlich miteinander im Wettbewerb sein, aber der muss auch zeigen: Wir gehen auch auf die gleiche Leistungsfähigkeit zu.

Sie haben ja den „Pakt für den Euro“ durchgesetzt, den die Staats- und Regierungschefs der EU nächste Woche offiziell beschließen sollen. Was macht Sie denn so sicher, dass sich alle an diesen Pakt halten, nachdem ja einige Länder bisher schon Probleme hatten, die Stabilitätskriterien zu erfüllen und teilweise ja auch sogar getrickst haben.

Also, wir haben einen jetzt viel schärferen Stabilitätspakt. Da wird es auch sehr viel früheres Hinsehen geben, dass man nicht mehr so lange weggucken kann. Und zweitens: Wenn die Staats- und Regierungschefs miteinander jedes Jahr einmal austauschen, wo steht Deutschland, wo stehen die anderen Länder, da kann man sich nicht gegenseitig austricksen, sondern da muss man schon die Wahrheit auf den Tisch legen. Und dann werden wir sicherlich auch manchmal kontroverse Diskussionen haben.

Momentan sieht es ja so aus, dass Deutschland die größten Lasten schultern muss, um den Euro zu stabilisieren. Wie würden Sie das dem Steuerzahler plausibel erklären?

Also ehrlich gesagt, schultert Deutschland keine größeren Lasten als die anderen, weil: Wir haben halt mehr Einwohner, also ist die Summe auch größer. Aber pro Einwohner schultern die Österreicher und die Luxemburger und die Belgier und die Holländer und die Finnen genauso viel. Also insofern sollten wir uns da nicht, weil wir so viele sind, in eine komische Situation bringen. Und außerdem ist es ja so: Wir geben Garantien, das heißt, bis jetzt haben wir noch gar keine Ausfälle gehabt, und wir verlangen auch ziemlich hohe Zinsen. Das heißt, wenn wir es gut anstellen, dann können wir sogar vielleicht zum Schluss daran noch etwas Geld verdienen – darum geht es nicht, lieber hätte ich gar keinen Rettungsschirm – aber, ich will nur sagen: Bis jetzt haben wir noch gar keinen Cent verloren, sondern wir haben unsere eigene Währung stabilisiert. Wir helfen ja nicht einfach den anderen Ländern, sondern wir haben gesehen: Wenn es einem Land ganz schlecht geht, dann gerät der Euro als Ganzes in Gefahr. Und dann ist es unser Interesse, unsere Währung auch zu stabilisieren. Und deshalb setzen wir uns für diesen Rettungsschirm ein, aber, wie gesagt, proportional nicht mehr als andere.

Wenn Sie von hier aus in die Zukunft sehen – mit einem Stichwort: Wo sehen Sie dann den Euro?

In die Zukunft – sagen wir mal in fünf Jahren: Da glaube ich, dass viele Hausaufgaben gemacht sind. Griechenland hat noch einen schweren Weg zu gehen – mit vielen Reformen. Irland genauso. Aber auch Portugal hat zum Beispiel Reformen vorgelegt. Und ich will nicht

verhehlen: Auch Deutschland erfüllt zurzeit die Kriterien des Stabilitätspaktes nicht. Wir haben eine Gesamtverschuldung von 80 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts, und nach dem Stabilitätspakt darf man nur 60 Prozent haben, das heißt, man muss in Zukunft fünf Prozent jedes Jahr abbauen. Das heißt, auch wir sind mindestens noch vier Jahre damit beschäftigt. Und insofern: Jeder muss seine Hausaufgaben machen. Ich denke, dass der Euro stabiler sein wird und – sagen wir mal – ein besseres Fundament hat als heute.